

AUFBRUCH IN EINE KLIMANEUTRALE UND SOZIALE ZUKUNFT

Eingereicht von: Klima-Allianz Deutschland

Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage und soziale Herausforderung

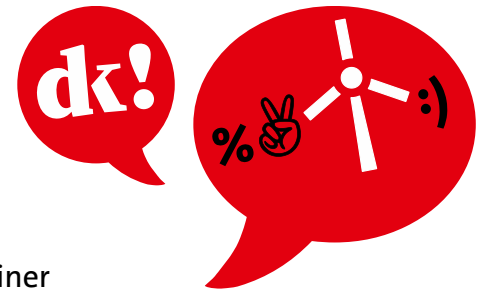
Die dramatischen Folgen der Erderhitzung führen uns immer deutlicher vor Augen, dass die Klimakrise nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Krise ist. In Ländern des Globalen Südens sind arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen durch Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen am stärksten betroffen. Es sind die Menschen betroffen, die kaum oder nur sehr wenig zur Klimakrise beigetragen haben. Aber auch in den Industrieländern des Nordens sind die Menschen immer stärker der Klimakrise ausgesetzt. Entfesselte Waldbrände, mehrjährige Dürreperioden und Flutkatastrophen bedrohen und zerstören das Leben, die Gesundheit und die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen.

Die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens ist die zentrale politische, gesellschaftliche und soziale Herausforderung unserer Zeit. Sie duldet keinen weiteren Aufschub und wird nur gemeinsam zu bewältigen sein. Dabei greift es zu kurz, soziale und ökologische Ziele gegeneinander auszuspielen oder ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen mit dem Hinweis auf bestehende sozialpolitische Versäumnisse zu unterlassen. Vielmehr ist es Zeit, die ökologische und soziale Transformation gemeinsam voranzutreiben.

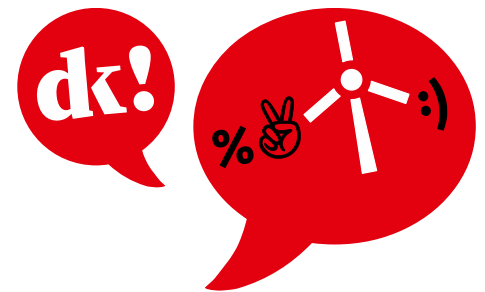
Dafür ist eine effektive und verbindliche Klimapolitik notwendig, die wirksam Treibhausgasemissionen reduziert, Anpassung an die Folgen der Klimakrise ermöglicht, zukunftsfähige Beschäftigungsperspektiven bietet und soziale Ungleichheiten abfedert. So bietet sich die Chance, die Folgen der Erderhitzung einzudämmen, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten, eine resiliente und ressourcenschonende Wirtschaft mit guter Arbeit aufzubauen und damit mehr Lebensqualität für alle zu schaffen.

Um das zu erreichen, sind aus unserer Sicht folgende Schritte notwendig:

1. Das Transformationstempo ist entscheidend für sozial gerechte Ausgestaltung des Wandels: Angesichts der fortschreitenden Klimakrise kann die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft nur dann sozial gerecht ausgestaltet werden, wenn der Übergang schrittweise erfolgt und soziale Disruptionen vermieden werden. Dafür ist es notwendig, dass die entscheidenden Weichen jetzt gestellt werden. Wir müssen uns dieses gesellschaftspolitische Gestaltungspotenzial bewusstwerden und dürfen es nicht leichtfertig verspielen.
2. Die sozial-ökologische Transformation braucht mehr Ordnungspolitik: Der sozial-ökologische Wandel erfordert zwingend eine aktivere Rolle von Staat und Politik. Es ist ein klarer ordnungspolitischer Rahmen notwendig, der mit



- einer klugen und gerecht ausgestalteten Förderpolitik, einer vorausschauenden Arbeits- und Sozialpolitik sowie mit ausgewählten marktwirtschaftlichen Instrumenten kombiniert werden kann.
3. Mehr Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau: Um den ökologischen und sozialen Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen, brauchen wir enorme öffentliche Investitionen in den Aufbau einer klimaneutralen Infrastruktur und Industrie sowie in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vor diesem Hintergrund halten wir eine Besteuerung großer Vermögen, eine Reform der Erbschaftssteuer sowie eine sozial-ökologische Steuerreform für notwendig. Neben den staatlichen Investitionen muss auch der private Finanzsektor zu einem wichtigen Treiber für eine klimaneutrale und sozial gerechte Wirtschaft und Gesellschaft werden. Dazu ist die zeitnahe Umsetzung der Sustainable-Finance-Strategie orientiert an den Empfehlungen des Abschlussberichts des Sustainable-Finance-Beirats notwendig.
 4. Die wachsende soziale Ungleichheit bekämpfen: Die Krisen der letzten zwei Jahre haben die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss das soziale Sicherheitsnetz ausgebaut und gestärkt werden. Die Erhöhung existenzsichernder Sozialleistungen und die Förderung fairer Beschäftigungsverhältnisse sind notwendige Maßnahmen zur Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit. Sie fördern den Aufbau einer resilienten Gesellschaft und sind Grundlage für eine wirksame Klimaschutzpolitik.
 5. Klimaschädliche und sozial ungerechte Subventionen abbauen: Die Förderung fossiler Strukturen ist ein Bremsklotz für den Klimaschutz und untergräbt die Bemühungen zur Transformation in allen Bereichen. Das Umweltbundesamt beziffert die klima- und umweltschädlichen Subventionen auf knapp 60 Mrd. Euro pro Jahr. Ihr CO₂-Einsparpotenzial liegt insgesamt bei ca. 100 Mio. t pro Jahr. Diese Subventionen fördern klimaschädliches Verhalten, wirken kontraproduktiv zu Förderprogrammen für den Klimaschutz und verteuern damit den Klimaschutz für alle. Gleichzeitig fördern diese Mittel oftmals die soziale Ungleichheit: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nehmen etwa ein Drittel des gesamten Subventionsvolumens in Anspruch. Vordringlicher Handlungsbedarf besteht daher beim Dienstwagenprivileg, bei der Entfernungspauschale und der Förderung internationaler Flugreisen.
 6. Für eine sozial gerechte Energiewende: Die erneuerbaren Energien sind die Grundlage für den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien muss zur zentralen Aufgabe der kommenden Jahre werden. Wir brauchen ein zukunftsfähiges, partizipatives, naturverträgliches und gerechtes Energiesystem, bei dem viele Menschen mitgestalten und profitieren können.



Dafür fordern wir:

- Den Zubau von erneuerbaren Energien zu beschleunigen, mit dem Ziel, bis 2030 einen Anteil von mindestens 80 Prozent am Bruttostromverbrauch zu erreichen. Dafür ist die Einführung einer Solarpflicht für Neubauten und bei Dachsanierungen notwendig.
 - Den Ausstieg aus der Kohle bis 2030.
 - Gesetzliche Vorgaben zur Einsparung von Energie. Energieeinsparungen sind die Voraussetzung für eine naturverträgliche, kostengünstige, rohstoffarme und sozial gerechte Energiewende.
7. Für eine wirksame CO₂-Bepreisung mit Klimageld: Für die Einhaltung der Klimaschutzziele ist es notwendig, die CO₂-Bepreisung zu einem wirksamen und sozial gerechten Instrument weiterzuentwickeln. Der aktuell beschlossene Preispfad entfaltet keine ökologische Lenkungswirkung. Daher ist ein höherer und schneller ansteigender CO₂-Festpreis für eine wirksame Klimapolitik entscheidend. Die Einführung des Klimagelds darf nicht weiter aufgeschoben werden. Um die CO₂-Bepreisung gerecht auszugestalten, ist ein sozial gerechter Ausgleichsmechanismus notwendig, der garantiert, dass die Einnahmen aus dem CO₂-Preis an die Bürger*innen zurückgegeben werden. Besonders geeignet ist dafür eine Pro-Kopf-Pauschale, von der ärmere Haushalte überproportional profitieren.
8. Für eine klimaneutrale Wirtschaft mit Guter Arbeit: Eine klimaneutrale Wirtschaft sichert die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, erhält Wertschöpfungsketten und bildet das Fundament für nachhaltigen Wohlstand mit Guter Arbeit weltweit. Damit dieser Wandel gelingt, braucht es die Beteiligung der Beschäftigten, die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, Finanzhilfen für alle Wirtschaftssektoren sowie verlässliche politische Rahmenbedingungen zur Emissionsminderung.

Dafür fordern wir:

- Die Unterstützung der emissionsintensiven Grundstoffindustrie bei der Dekarbonisierung durch staatliche Investitionen. Dazu müssen Klimadifferenzverträge eingeführt und durch eine Klimaumlage auf emissionsintensive Materialien gegenfinanziert werden.
- Den Aufbau einer erneuerbaren Wasserstoffproduktion, die sich an Nachhaltigkeitskriterien des Nationalen Wasserstoffrats orientiert.
- Die Bekämpfung des Fachkräftemangels durch die Qualifizierung von Fachkräften, den Ausbau von Weiterbildungsangeboten und die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen.
- Die Umsetzung einer wirksamen Kreislaufwirtschaft in allen Branchen und Sektoren. Dazu müssen der Verbrauch von Primärrohstoffen reduziert und Aspekte wie Recycling, Langlebigkeit und ökologisches Produktdesign als klare Anforderungen formuliert und gesetzlich geregelt werden.



9. Für ein Klimaanpassungsgesetz: Die Flutkatastrophe im Juli 2021, die extreme Dürre im Sommer 2022 sowie die steigende Zahl der Waldbrände haben deutlich gezeigt, dass Deutschland dringend für einen besseren Schutz vor den Folgen der Klimakrise sorgen muss. Um verlässliche finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen für eine wirksame Klimaanpassung zu schaffen, ist ein bundesweites Klimaanpassungsgesetz notwendig.
10. Die Transformation auf kommunaler Ebene stärken: Städte und Gemeinden müssen Treiberinnen einer sozial-ökologischen Transformation werden. Trotz vieler guter Beispiele sind die Möglichkeiten der Kommunen begrenzt. Das muss sich ändern. Der Bund und die Länder sind in der Pflicht, die Kommunen finanziell und personell so auszustatten, dass sie wirksamen Klimaschutz auf den Weg bringen und ihrer sozialpolitischen Verantwortung auch in Zukunft gerecht werden können. Dazu muss geprüft werden, wie in den Kommunen der Klimaschutz und die Klimaanpassung als Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge verbindlich verankert werden kann.
11. Für mehr internationale Verantwortung und Solidarität: Deutschland muss seiner Verantwortung gegenüber den Ländern des Globalen Südens bei der Bewältigung der Klimakrise und beim Aufbau klimaneutraler Strukturen gerecht werden. Dafür ist es notwendig, die internationale Klimafinanzierung zu erhöhen und tragfähige Klimapartnerschaften aufzubauen. Für den Ausgleich der durch den Klimawandel verursachten Schäden und Verluste im globalen Süden müssen zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden.